

# Kratauer Zeitung.

Nr. 164.

Samstag, den 19. Juli

1862.

Die „Kratauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnement-Preis: für Kratau & fl. 20 Mtr., mit Versendung 5 fl. 25 Mtr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Mtr. berechnet. — Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer vierseitigen Seite für jede Einheit 3½ Mtr.; Stempelgebühr für jede Einheit 30 Mtr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Kratauer Zeitung“ (Großer Ring N. 39). Zuschüsse werden franco erbeten. Redaktion: Nr. 423 an den Platzen. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

VI. Jahrgang.

Demnächst wird für Kratau & fl. 20 Mtr., mit Versendung 5 fl. 25 Mtr. — Die einzelne Nummer wird mit die erste Einheit 7 Mtr., für jede weitere Einheit 3½ Mtr.; Stempelgebühr für jede Einheit 30 Mtr.

## Amtlicher Theil.

Se. I. I. Apostolische Majestät haben mit dem Allerhöchsten Handschreiben vom 13. Juni d. J. rückwärts hierüber ausgesetztes und Allerhöchst unterzeichnetem Diplome den in Allerhöchster Generaladjutantur in Verwendung stehenden Oberstleutnant des Großherzog von Baden 50. Infanterie-Regiments, Minister des Ordens der eisernen Krone dritter Klasse Johann Friederich in den Ritterstand des österreichischen Kaiserstaates allgemein zu erheben geruht.

Die oberste Rechnungs-Kontrollebehörde hat die bei der Generalbuchhaltung für die Kommunikations-Anstalten erledigte Rechnungs-Mathesie dem Rechnungs-Offiziale der gebuchten Hofbuchhaltung Franz Glassen verliehen.

## Nichtamtlicher Theil.

Kratau, 19. Juli.

Der angebotene Eintritt Österreichs in den Zollverein, schreibt man der „FPZ“, ist eines der wichtigsten Ereignisse der Gegenwart. Es liegt in dem Auge ein eben so großer als energischer Entschluß, den im Innern des Reichs schwerlich unter einem andern Ministerium als einem andern Parlament durchzuführen gewesen wäre, weil er einen Sieg des deutsch-nationalen Prinzipiells enthält, an welchem diejenigen Beiter des Staates in Kabinett und Kammer festhalten. Das Österreichs Industrie, indem sie den bisher fast allein besessenen Markt mit der entwickelteren des Zollvereins teilt, im Großen und Ganzen ein sehr erhebliches Opfer bringt, wird wohl nirgends bestreiten, aber die drohende politische Gefahr einer Ausschlüpfung vom deutschen Verkehre selbst läßt auch die meisten Fabrikanten vor Opfern nicht zurücktreten, und es ergibt sich aus den Verhandlungen der Vereine, wie aus der Presse und den Interpellationen der beiden Kammern des Reichsraths, daß es sich um eine ernste und aufrichtige Maßregel handelt, bei welcher die Staatsregierung den Impulsen der Reichsvorzüglichkeit in constitutionellem Sinne folgt, sich ihnen wenigstens nicht entzieht. — Dass der ganze Gothaismus, dem die Verhältnisse in Österreich unbekannt und Gegenstand der tiefsten Abneigung sind, den Inhalt der neuesten Note des Grafen Rechberg als bloßen Schatzzug bezeichnet wird, um dem preußischen Cabinet wieder ein Bein zu stellen, ist gewiss. Die öffentliche Meinung wird bei einem so hochwichtigen Schritt aber von einer fanatischen Partei nicht das Bild trüben lassen und mit eigenen Augen schauen, welche westliche Fortschritt in der Vereinigung Österreichs und Deutschlands zu einem Wirtschaftsgebiß liegt und wie thöricht es ist, wenn sich Leute über das „Siebzig-Millionen-Gebiet“ lustig machen, denen der viel ungemeinlichere Gedanke einer deutsch-französisch-englisch-belgischen Handelsgemeinschaft als praktische Weisheit erscheint.

Der „Siles. Blg.“ wird aus Berlin, 16. Juli, geschrieben: Nach Pariser Privatschreiben sollte Graf Wettstein in den ersten Tagen des Juli gewisse Garantien weg in Rom's und Venetiens, sowie Zusicherungen dafür verlangt haben, daß man von Franz II,

dem seine persönlichen Güter erhalten werden sollten, nichts verlange, das nicht seiner Würde entspräche. Hier wird versichert, Preußen habe nur die früher geforderten allgemeinen friedlichen Zusicherungen, namentlich der italienischen revolutionären Bewegungspartei gegenüber, wiederholt und nach dem Eintreffen derselben werde die Anerkennung erfolgen. Man will daraus schließen, daß in der Voraussicht der Nicht-Zugewährung jener Garantien, da Italien sein Programm nicht aufgeben kann, jene friedlichen Zusicherungen als genügend erachtet werden dürfen. Am 15. hat Graf de Launay die Erklärung der sardinischen Regierung auf die Vorstellungen Preußens übergeben. Diese scheinen in der That nur in allgemeinen Friedenszusicherungen zu bestehen. Ein zweiter Corr. d. Bl.

beschreibt hierüber: Preußen hatte weder die Beschwerden des Russen, noch politische Gesichtspunkte, bei welchen es auf Sardinien Mitwirkung zählen will; es hatte nur zu erwägen, wie es sich zu der neuen Macht, welche allerdings nicht auf völkerrechtlichem Wege zu der Stellung gekommen ist, welche sie jetzt einnimmt, zu stellen habe. Dass dabei auch, mindestens in zweiter Linie, das Verhältnis zu Österreich bedacht wurde, ist wohl anzunehmen: wenn sich aber hieraus manche Bedenken ergeben haben mögen, so sind dieselben jetzt von Österreich selbst durch dessen geradezu feindselige Schritte bestätigt worden, welche es gegen das Zustandekommen des preußisch-französischen Handels-Vertrages gethan hat. Österreich wird die Folgen seiner Handlungswise zu tragen wissen. Wenn aber der Correspondent die Sterne hat, hinzu zu fügen: Deutschland wird aber daraus erkennen, was es von Österreich zu erwarten hat, welches, um seinen politischen Einfluss nicht zu verlieren, die wirtschaftlichen Interessen der Nation durchkreuzt, indem es das „Phantom einer allgemeinen deutschen Zollvereinigung“ am Horizont anstauchen läßt, so sei daran erinnert, daß dieses Phantom seine vortragmäßig festgestellte Grundlage hat und daß das ins Erebentreten dieses Phantoms damals von Preußen selbst nur als eine Frage der Zeit angesehen wurde.

Der kaiserlich russisch: Gesandte in Wien hat am 12. d. eine Note seiner Regierung überreicht, worin dieselbe angezeigt, daß sie beschlossen habe, den Status quo in Italien anzuerkennen. Nicht nur soll diese Notification in den freundlichsten Ausdrücken abgefaßt, sondern auch zugleich in derselben die Hoffnung aussgedrückt sein, das Wiener Cabinet werde in diesem von Russland beschlossenen Schritte um so weniger einen feindseligen Act erblicken, als die Verständigung der Cabinets von St. Petersburg und Paris bezüglich Italiens die moralische Verbürgung einer fortan conservativen Politik der Turiner Regierung enthalte. Dies ist nach einer Wiener Corr. der „FPZ“ der ungeschärfe Sinn der gebrauchten Ausdrücke. Daraus ergibt sich, wie sehr die Erklärung Ratazzis in der Turiner Kammer, Russland habe das Königreich Italien „ohne Reserven anerkannt“, der Wahrheit nahe kommen oder getreten.

Zum künftigen Gesandten „Italiens“ am Hofe von St. Petersburg soll, und zwar auf den dringenden Wunsch in Rom's und Venetiens, sowie Zusicherungen dafür verlangt haben, daß man von Franz II,

Rußland, der Marquis Pepoli ernannt werden. Es wäre dies ein Act feiner Courtoisie seitens des Czars gegen Napoleon III., weil der Marquis zu der kaiserlichen Familie in Frankreich bekanntlich in verwandschaftlichen Beziehungen steht.

Patrie und Presse versichern, zu Ende dieses Sommers werde das russische Geschwader des mittelägyptischen Meeres die vornehmsten italienischen Häfen besuchen.

Pariser Berichte sprechen von einem europäischen Kongress, der im October oder November nächsthin zusammenentreten solle, um alle die brennenden Fragen auf die Vorstellungen Preußens übergeben. Diese scheinen in der That nur in allgemeinen Friedenszusicherungen zu bestehen. Ein zweiter Corr. d. Bl.

beschreibt hierüber: Preußen hatte weder die Beschwerden des Russen, noch politische Gesichtspunkte, bei welchen es auf Sardinien Mitwirkung zählen will; es hatte nur zu erwägen, wie es sich zu der neuen Macht, welche allerdings nicht auf völkerrechtlichem Wege zu der Stellung gekommen ist, welche sie jetzt einnimmt, zu stellen habe. Dass dabei auch, mindestens in zweiter Linie, das Verhältnis zu Österreich bedacht wurde, ist wohl anzunehmen: wenn sich aber hieraus manche Bedenken ergeben haben mögen, so sind dieselben jetzt von Österreich selbst durch dessen geradezu feindselige Schritte bestätigt. Wer sein Nachfolger werden wird, ist jetzt offiziell bestätigt. Wer sein Nachfolger werden wird, ist jedoch noch unbestimmt. Marschall Concha hat den Gesandtschaftsposen in Paris definitiv abgeschlagen; es ist wahrscheinlich, daß auch Marschall Serrano, welcher eventuell durch General Dulce ersehen werden würde, ihn nicht annehmen wird. Uebrigens wird man in Madrid vor Allem abwarten, ob Herr Barroso, der sich gegenwärtig in Vichy befindet, auf seinen Posten zurückkehrt.

In mehreren ausländischen Blättern hatte man erzählt, der Bischof von Amiens werde Erzieher des kaiserlichen Prinzen werden, und er verdanke diese Auszeichnung dem Umstände, daß er nicht nach Rom gezogen sei. Der Bischof erklärt in einem Briefe an das „Journal d'Amiens“, daß er nur unfreiwillig und in Folge einer schwerlichen Krankheit auf die Reise nach Rom verzichtet habe, und daß er Allem beipflichte, was seine Collegen erklärt.

In Stockholm ist am 9. d. M. das Pultawazfest mit großer Feierlichkeit begangen worden. An demselben beteiligte sich besonders die scandinavisch-liberale Partei. Magister Soliman teilte auch ein an das Festkomitee gelangtes Telegramm des Chefs der polnischen Emigration in Paris, Fürsten Czartoryski, mit, welches die „herzlichsten Sympathien“ aussprach.

Die Montenegriner, schreibt man der „FPZ“, haben in ihren letzten Operationen einen Zusammenhang gezeigt, welcher demselben sonst nicht eigen war. Es sind offenbar fremde Offiziere thätig in der jetzt etwa 37,000 Mann zählenden Armee des Fürsten von Montenegro; namentlich wird ein serbischer Major L. Segu als Chef von Mirko Petrovich's Generalstab genannt, und es ganz offen ausgesprochen, daß alle Christenstämme dort in Übereinstimmung handeln, daß es

namentlich Serbien sei, welches die Montenegriner unterstützen. So soll auch der letzte Conflict in Belgrad lediglich von Serbien herbeigeführt worden sein, um eine Demonstration zu Gunsten der Montenegriner zu machen. War das wirklich Absicht, so wurde sie vollständig von Erfolg gekrönt, denn allerdings zogen bedeutende türkische Truppenkörper nach der serbischen Grenze.

Die Friedens-Unterhandlungen zwischen der anamitischen Regierung und dem französischen Admiral in Saigon haben, wie von dort unter dem 29. Mai gemeldet wird, am 27. Mai damit begonnen, daß der erste Minister des Kaisers Tu Du, der auf einem eigenen Schiffe nach Saigon gekommen war, an Bord des Admiralschiffes Duperré seine Vollmacht in aller Form überreichte. Gerüchtweise verlautete, daß der Kaiser von Annam den Franzosen 10 Südprovinzen abtreten und bis zum endgültig abgeschlossenen Frieden 100.000 Francs Entschädigung zahlen wolle.

## Verhandlungen des Reichsrathes.

Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 17. Juli. [Schluß zur Debatte über die Abteilung: Subventionen und Zinsengarantie.] Winterstein verteidigt die Subventionen im Prinzip, knüpft daran einige Bemerkungen über die Verhältnisse einzelner subventionirter Unternehmungen und empfiehlt den Ausschusstag. In die Spezialdebatte eingegangen, genehmigt das Haus die auf den Lloyd und die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft bezüglichen Anträge des Ausschusses: die Nachtragsforderung der Regierung für die letztere Gesellschaft wird abgelehnt.

Der vom Ausschuss vorgeschlagene Wunsch bezüglich detaillierter Daten über die Verhältnisse der subventionirten Bahnen und bezüglich der Misbräuche in Erhebung des Agiozuschlags bei den Bahnen rüst eine Conversation zwischen Dr. Herbst und den Ministern Plener und Wickenburg bevor und wird sodann angenommen. Auch die übrigen Anträge des Ausschusses und ein auf thürnische Ermunterung von neuen Eisenbahnunternehmungen, welche keine Zinsengarantie beapprueben, gerichteter Antrag Mendes werden genehmigt. Endlich erledigt das Haus noch die Gesetzentwürfe zum Schutz der persönlichen Freiheit und des Hausraths, indem es den vom Herrenhause vorgenommenen Änderungen beritt.

Im großen Saale des Zeughauses versammelten sich Abends um 6 Uhr eine große Zahl von Abgeordneten zu einer weitern vertraulichen Besprechung über die dem heute eingebrauchten Budget von 1862 zu widmende Behandlung. Dr. Wieser führte als Alterspräsident den Vorsitz. Die Verhandlung drehte sich anfangs größtentheils um die Frage, ob das neue Budget so gleich in die Behandlung gezogen werden solle, oder ob nicht eine Verzögung von 4 bis 6 Wochen vorherzugehen habe, so daß nach vollendetem Debattie des laufenden Budgets eine Pause bis zum 1. October einzutreten solle. Schließlich erhielt die Ansicht der Oberhand, daß hierüber erst dann ein Besluß zu fassen sei, wenn das Budget von 1862 im Hause zu Ende

## Fenilleton.

### Das deutsche Schützenfest.

Wenn, schreibt man der „Donauzeitung“, das Nationalfest des deutschen Bundes schießen, welches bis in so schöner Harmonie und nach jeder Beziehung hin zu vollster Beifriedigung verließ, diesen Charakter in voller Integrität nicht bis zu seinem Ende bewahren sollte, so dürfen sich die Herren vom Nationalverein das Verdienst beimessen, Dies erwirkt zu haben. Das kurze Bantet, welches Mittags den Schützen Erholung und Erquickung bringen soll, wird seit paar Tagen von ihnen hervorragenden Führern, welche man wohlgezählt hier beisammen findet, zu politischen Diskrediten für ihre Parteiwecke benutzt. Das sogenannte Pressecomité, welches ausdrücklich die Dauer jedes Toßtes auf nur fünf Minuten festgesetzt und sich eine Art von präventiver Kontrolle über die zu haltenden Vorträge vorbehalten hat, scheint entweder nicht geneigt oder unfähig, seine eigenen Satzungen in Ausführung zu bringen. Wenn aber solche Dinge von den Parteiführern betrieben werden, so macht es sich allerdings selbstverständlich genug, daß dieselben doch nicht einmal den thürlichen Wortlaut ihrer Tochte in der Öffentlichkeit zu vertreten wagen und, wie es vorgestern

von einem hervorragenden preußischen Kammermitgliede gesagt, welches die „Initiative des Volkes“ gefeiert und bei dieser Gelegenheit von einem „nothwendigen Berücksichten des preußischen Thrones“ gesprochen hatte, bei den einzelnen Beichterstattern der Journale herumlaufen, um von diesen eine mildernde, sie nicht compromittirende Fassung ihrer eigenen Worte zu erbitten. Eine zweite Tacitlosigkeit wurde in flagranti zurückgewiesen.

Die Antwort des Hrn. Professors Dr. Wildauer aus Innsbruck auf die mehr als sonderbare Ausführung des Nationalverein-Musterreisenden Dr. Meß aus Darmstadt, der bei dem Frankfurter-Schützenfest nächst den Kurhessen und Schleswig-Holsteiner in seines Herzenskinds, und zwar als das größte, die Deutschen in Österreich bezeichnete, lautet: „Meine Herren! Wir haben in einem Druckspruch auf das große deutsche Vaterland drei Schmerzenkinder der deutschen Nation nennen gehört: die Kurhessen, die Schleswig-Holsteiner und die Österreicher. Bei der Nennung der ersten Brüder haben wir Österreicher so kräftig in das Hoch mit eingestimmt, wie irgend ein anderer

deutscher Stamm. Als der dritte Namen genannt wurde, da zeigte die lautlose Stille, die bang über der Versammlung lag, daß Österreich nicht mit diesem Namen zu bezeichnen sei. Wir sind keine Schmerzenkinder und sind nicht hierher gekommen, uns als Schmerzenkinder bedauern zu lassen; in Österreich gibt es keinen Schmerzenkinder. Wir hängen treu an unserem Kaiser und sagen es auch unverhohlen. Wir haben ein Vaterland, wir lieben es, und haben Ursache es zu lieben; aber deswegen geben wir keinem deutschen Stämme und Land das Privilegium, von sich zu sagen, daß es deutscher fühlt als wir. Wir wetteifern mit jedem deutschen Lande, mit jedem deutschen Stämme, an redlichem Willen, an treuem Sinn, an wirklicher Thatkraft, wo Thatkraft nothwendig ist. Wir haben einen Kaiser, der so deutscher fühlt, wie irgend ein anderer deutscher Fürst; wir haben einen Kaiser, der bei Villafranca es vorgezogen hat, sein Reich zu verkleinern, um keinen Fußbreit deutschen Landes am Rhein hinwegzugeben. (Widerspruch von Seiten der in der Nähe der Tribune versammelten Gothaer. Rufe: „Keine Persönlichkeit!“ Dagegen wieder: „Redefreiheit!“ „Fortschritt!“) Wir sind hierhergekommen als voll- und ebenbürtige Kinder des gemeinsamen deutschen Vaterhauses; wir sind hierhergekommen, um Sie alle zu begrüßen mit brüderlicher Herzlichkeit als Angehörige einer und derselben Familie. Ich fordere daher auch Redefreiheit. — Wir sind keine Schmerzenkinder! Wir haben zu Hause Friede, bei uns ist Eintracht zwischen unserem Herrn und Volk. Österreich hat so gut wie Andere mitgewirkt, das gefallene Recht in Kurhessen wieder aufzurichten, und seien Sie überzeugt, in Zukunft wird das selbe Österreich so gut wie Andere mitwirken, daß das vertretene Recht wieder aufblühe in Schleswig-Holstein. Wir sind keine Schmerzenkinder, wir stehen in Deutschland, wir stehen fest auf deutschem Boden. Wir sind hierhergekommen, um unser Recht zu üben, als Angehörige derselben Familie; wir sind nicht Gäste, wir gehören hierher als Kinder des Hauses. Wir sind auch nicht mit leeren Händen hierhergekommen, nicht daß ich damit die Besten meine, die wir mitgebracht; ich meine nicht unsere Bestgabe, den „Fahnenschwur Tyrols“, der eben der Fahne Deutschlands als der Fahne Österreichs gilt; wir haben noch etwas anderes in die Wagschale zu legen: das was wir gehabt haben einen Kaiser, der bei Villafranca es vorgezogen hat, sein Reich zu verkleinern, um keinen Fußbreit in Zukunft unserer und damit der deutschen Grenzen. In kurzer Frist, vor wenigen Jahren, sind wir, die wir jetzt zum Friedlichen Wettkampfe nach Frankfurt gezogen, zweimal auch an die Grenzmarken Deutschlands gezeit. Auch dort haben wir Schützenfeste gefeiert; aber freilich Schützenfeste von blutigem Ernst, echte Nationalstiere, wo es dem deutschen Boden gegolten hat. Es waren keine Schmerzenkinder, die dort den frechen Angriff zurückgewiesen haben. Wie es uns unsere Väter gehalten, wie wir es selbst schon geübt, so wer-









